

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vereins-Zentralrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 93.

Berlin, Sonnabend, 28. November 1908.

Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Entscheidungskunde ruft! — Reichstag und Bergarbeiterkampf. — Ergebnisse der gewerblichen Betriebsräthung in Preußen. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die Entscheidungskunde ruft!

(Ein Mahnruf in letzter Stunde an die Berliner Gewerksvereiner.)

Der Wahltag ist da. Ein letzter Appell ergeht hiermit an die Wähler. Schüttelt Laubheit und Hoffnungslosigkeit ab! Wer frei sein will, muß sich selbst befreien. Jahrelang waren zehntausende Berliner Arbeiter von einer Vertretung am Gewerbegericht ausgeschlossen. Anderthalb Jahrzehnte hindurch sind die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten worden. Nun ist der Tag heran, an dem es ein unerträgliches Joch abzuschütteln gilt.

Sind wir auch noch eine Minderheit, wir wollen eine Mehrheit werden. Hier und an anderen Stellen müssen wir uns selbst durchsetzen, um unserer Sache zum Siege zu helfen. Wir kämpfen für die Wiedergeburt einer einzigen deutschen Arbeiterorganisation. Wie tragen eine Fahne in die Schlacht, um die sich alle Arbeiterbrüder sammeln können.

Krieg dem Haß, der Zwietracht unter den deutschen Arbeitern! Krieg dem Terrorismus, dem Hochmutsbüffel, der Gewaltthätigkeit in den Fabriken! Die „freien“ Verbände haben die Arbeiterbewegung zerrissen und zerprengt. Uns, die kleine Schar, durchzieht der heilige Glaube, die Bunden zu heilen.

Nicht bloß um der Abwehr der Gegner willen rufen wir jeden zur Wahl. Er soll in seinem Stimmzettel auch dem Schrei Ausdruck geben für eine Erweiterung der Arbeiterrechte. Aus der Wahlurne müssen heiße Flammengötzen emporloben, die den Gewaltthätigen in Reich, Staat, Gemeinde und Fabriken entgegenrufen:

Mehr Gleichberechtigung, mehr Freiheit, mehr Unabhängigkeit für die Arbeiter!

Wir denken nicht daran, uns als Sturmbod gegen den Radikalismus gebrauchen zu lassen, selbst aber auf mehr Rechte für die Arbeiter zu verzichten.

So hat jeder Wähler, der für Liste III stimmt, ein festes Programm in seinem Herzen. In der Abgabe seines Stimmzettels liegt ein Schwur zu einer sozialen Weltanschauung der Gerechtigkeit und Freiheit.

Wohlan, tut Eure Pflicht! Wenn Ihr versäumt zu wählen, wenn Ihr keine Wahlberechtigung habt, Euch nicht unterrichtet, wo Ihr zu wählen habt, ladet Ihr eine gewaltige Verantwortung auf Euch.

Liste III Deutsche Gewerksvereine

wird jeder Arbeiter wählen, der weiß, was auf dem Spiele steht.

Sonntag, 29. November, vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, sind die Entscheidungstenden. Einer gewaltigen, begeisterten Anstrengung wird der Erfolg nicht fehlen.

Die Entscheidung ruht jetzt bei den Wählern.

Reichstag und Bergarbeiterschutz.

Die Größe des Unglücks auf der Zeche Rabbod und der heiße Wunsch, derartige Katastrophen für die Zukunft möglichst zu verhüten, sind die Ursachen, daß auch der Deutsche Reichstag sich am Dienstag und Mittwoch mit dieser Katastrophe beschäftigte, und geben auch uns Anlaß, noch einmal darauf zurückzukommen. Zwei Interpellationen, in denen der Reichskanzler gefragt wurde, ob er über die Ursachen des Grubenunglücks und über die zur Verhütung solcher Unglücksfälle geplanten Maßnahmen Auskunft zu geben bereit sei, bildeten die Grundlage für die zweitägige Debatte, die zwar einen etwas anderen Charakter trug als die im preussischen Abgeordnetenhaus, leider aber nicht die Aussicht gewährte, daß den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter mehr Rechnung getragen wird.

Auch hier im Reichstage wurde von den Rednern der verschiedensten Parteien der Nachweis erbracht, daß die Grubenvormalung in bezug auf die erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen sich die schwersten Unterlassungssünden hat zu schulden kommen lassen. Es war nicht genügend Wasser zur Verieselung vorhanden; die Wetterführung war nicht ausreichend; die Arbeiter waren viel zu dicht zusammengedrängt; der Kohlenstaub lag fußhoch in der Grube und bildete die weilen Wollen, die das Deffnen der Augen erschwerten, kurzum die elementarsten Vorbedingungen für einen genügenden Schutz der Bergarbeiter fehlten vollständig. Diese schweren Vorwürfe konnten auch weder von dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern, v. Bethmann-Hollweg, noch vom preussischen Handelsminister Dr. Delbrück wirksam entkräftet werden.

Alles, was sie sagen konnten, bestand darin, daß diejenigen, denen auf Grund der eingeleiteten Untersuchungen eine Schuld nachgewiesen werden könnte, dafür bestraft werden würden. Dabei sei zur Veruhigung bemerkt, daß die von dem sozialdemokratischen Abg. Leinert im preussischen Abgeordnetenhaus aufgestellte Behauptung, zwei Arbeiter hätten sich zur Zeit der Einmauerung der Grube noch retten können, was ein Beweis dafür sei, daß wahrscheinlich noch zahlreiche andere Lebende in der Grube eingemauert seien, sich nicht bewahrt hätten. Die beiden geretteten Arbeiter haben nämlich unter ihrem Eide bestritten, erzählt zu haben, daß sie sich selbst von der ersten Sohle zur zweiten Sohle gerettet hätten; sie seien vielmehr von einer Rettungskolonnen von der dritten Sohle zu Lage geschafft worden.

Wir dürfen es uns versagen, auf die Einzelheiten der Debatte einzugehen. Nur die Stellung des Reichstages zu den Forderungen der Arbeiter auf ein Reichsberggesetz und die Einführung von Grubenkontrollleuren aus den Kreisen der Bergarbeiter sei hier kurz beleuchtet. Gegner des Reichsberggesetzes sind eigentlich nur noch die Konservativen und Freikonservativen, welche letztere sich im Reichstage Reichspartei nennen. Alle übrigen Parteien wünschen eine reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens und haben diese Forderung in diesen Tagen auch mit einer erfreulichen Deutlichkeit zur Geltung gebracht. Leider ohne Erfolg. Wie sich der Minister Delbrück im preussischen Abgeordnetenhaus dagegen ausgesprochen hat, so hat auch im Reichstage Herr v. Bethmann-Hollweg erklärt, daß die Ver-

bündeten Regierungen den Standpunkt vertreten, daß die Berggesetzgebung den Einzelstaaten vorbehalten sei. Die fürchterliche Katastrophe in Rabbod lege den Einzelstaaten allerdings die Verpflichtung auf, zu prüfen, in welcher Beziehung die bei ihnen geltenden Vorschriften reformbedürftig seien. Die preussische Bergverwaltung werde diese Prüfung mit aller Energie fördern und ihre Pläne mit den übrigen Bundesstaaten, die am Bergbau unmittelbar interessiert sind, zum Gegenstande von Verhandlungen machen. Der Staatssekretär schloß seine Rede mit der Erklärung, daß an der Verstärkung des Schutzes der Bergarbeiter gegen die besonders in ihrem Verufe liegende Gefahr die Einzelstaaten und das Reich das gleiche Interesse hätten. Wenn dem so ist, so kann man nicht verstehen, weshalb man sich gegen die Schaffung eines Reichsberggesetzes so energig sträubt.

Auch die Frage der Arbeiterkontrollleure ist für den Reichstag längst spruchreif. Wie bei dem Reichsberggesetz sind es auch in dieser Frage lediglich die konservativen Parteien, die von einer solchen Einrichtung nichts wissen wollen. Selbst die Nationalliberalen ließen durch den Mund des Abg. Osann erklären, daß sie für Arbeiterkontrollleure, die in geheimer Wahl von Arbeitern gewählt werden, eintreten, und daß auch die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses sich dieser Forderung angeschlossen habe. Allerdings darf wohl angenommen werden, daß diese Arbeiterkontrollleure so gedacht sind, wie sie Herr Dr. Delbrück im preussischen Abgeordnetenhaus in Aussicht gestellt hat.

Zu einer lebhaften Aussprache über den § 12 des Reichsvereinsgesetzes, den sogenannten Sprachenparagrafen, führte die Behauptung des sozialdemokratischen Abg. Hue, daß auch in Gewerkschaftsversammlungen den Rednern der Gebrauch der polnischen Sprache verboten worden sei. Man kann zweifeln, ob diese Handhabung des Vereinsgesetzes wirklich eine indirekte Schuld an dem graufigen Unglück auf Rabbod trägt. Aber es ist leider eine Tatsache, daß ein großer Teil der Belegschaft aus polnischen Arbeitern bestand, die des Deutschen nur zum kleinsten Teile mächtig sind, daß trotzdem die Schutzvorschriften nur in deutscher Sprache angeschlagen waren, und daß es den fremdsprachigen Arbeitern im Ruhrkohlenrevier so gut wie unmöglich gemacht wird, sich in öffentlichen Versammlungen über ihre Interessen auszusprechen. In diesem Zusammenhange wurde auch der § 12 des Reichsvereinsgesetzes und seine Entstehung von Hue erwähnt. Dieser hatte als ehemaliger Bergmann durch eine ebenso maßvolle wie sachverständige Rede die Aufmerksamkeit des Hauses völlig in Anspruch genommen. Um so größeren Eindruck mußte es machen, als er mit Recht den Vorwurf erhob, daß die von ihm behaupteten und nachweisbaren Tatsachen im Gegensatz ständen zu dem Versprechen, das der Staatssekretär bei der Beratung des Vereinsgesetzes abgegeben habe, daß nämlich in gewerkschaftlichen Versammlungen auch der Gebrauch fremder Sprachen gestattet sein soll. Um diesen schweren Vorwurf konnte Herr von Bethmann-Hollweg nicht herum, namentlich, da er auch von den Rednern anderer Parteien erhoben wurde. Der freisinnige Abg. Gothein erklärte, daß, wenn Herr von Bethmann-Hollweg damals im Reichstage die diesbezügliche Erklärung nicht abgegeben hätte, ein Teil seiner

politischen Freunde gegen den Sprachenparagrafen gestimmt hätte, was die Ablehnung desselben und damit des ganzen Gesetzes zur Folge gehabt hätte. Jetzt müsse man die Erfahrung machen, daß der Staatssekretär von seinem Kollegen im preussischen Ministerium des Innern desavouiert werde.

Die Antwort, die der Staatssekretär auf diesen Vorwurf erteilte, verriet so recht die Verlegenheit, in der er sich befand. Er leugnete einfach ab, daß seine damaligen Erklärungen im Reichstage im Widerspruch ständen mit dem Vorgehen des preussischen Ministers des Innern. Er habe gemeint, daß die nationalen Interessen, welche für den Sprachenparagrafen maßgebend gewesen seien, gerade auch gegenüber den Arbeitern polnischer Zunge im Westen des Reiches zur Geltung kommen müßten, weil die polnischen Gewerkschaftsorganisationen im Westen neben den gewerkschaftlichen auch politisch-nationale Ziele verfolgten. Diese Erklärung wurde im Reichstage auf der gesamten Linken mit lebhafter Unruhe entgegengenommen. Sie ist in der Tat ein Beweis dafür, wie vorsichtig selbst die bestimmtesten Erklärungen vom Regierungstische ausgenommen werden müssen.

Den Abschluß der Debatte bildete eine von hohem sozialen Verständnis getragene Rede des freisinnigen Abg. Cuno, der den Wert der Arbeiterorganisationen in einem glänzenden Lichte schilderte. Ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß die Arbeiter nicht Wohlthaten, sondern Rechte verlangten, die sie nur in starken Organisationen geltend machen können, führte er weiter aus, daß gerade die Zehnerverwaltungen nichts mit den Organisationen der Arbeiter zu tun haben wollen, weil sie ihnen jede Mitwirkung am Arbeitsvertrage überhaupt verweigern. Das einseitige Festhalten der Grundbesitzer am Herrenstandpunkt, die Phrasen vom „Herrn im Hause“ haben die unhaltbaren Zustände hervorgerufen, die jetzt im Ruhrrevier herrschen, wo seit dem großen Ausstande der Friebe noch nicht wieder eingetreten sei. Die Unternehmer zuden darüber die Äußerungen und schieben die Schuld auf die Arbeiter. Sie selbst sind es aber, die jede Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen aus rein formalen Gründen ablehnen. Bei aller Anerkennung der Latkraft und des technischen Verständnisses der Unternehmer verjage ihre hohe Intelligenz völlig, wo es sich um die Behandlung von Menschen nicht als Arbeitskraft handelt, sondern wo die Person in ihren sittlichen und wirtschaftlichen Beziehungen ergriffen werden müßte. Unter den immer schwereren Verhältnissen sollten sich die Unternehmer doch endlich einmal fragen, ob ihr System richtig ist und ob sie nicht freiwillig die Arbeiter zu erhöhter Mitwirkung heranziehen wollen. Wenn sie das nicht tun, so müsse die Gesetzgebung dafür sorgen, daß kollektive Arbeitsverträge im Bergbau zustande kommen.

Zu Ende geführt wurde die Debatte nicht. Sie wurde vielmehr vertagt und ein Antrag, sie am nächsten Tage fortzusetzen, abgelehnt. Damit darf die Angelegenheit vorläufig für erledigt gelten. Beschlüsse können nach der Geschäftsordnung im Anschluß an eine Interpellation nicht gefaßt werden. Bei der Stimmung der Reichsregierung ist leider auch nicht zu erwarten, daß den Wünschen der Bergarbeiter, die bei der übergroßen Mehrheit des Reichstages einen so lebhaften Widerhall finden, Rechnung getragen wird. Im deutschen Bundesrat wie im preussischen Abgeordnetenhaus wird leider derselbe Faden gesponnen, höchstens eine andere Nummer. Trotz alledem haben diese gründlichen Debatten doch den Erfolg, daß vor dem ganzen Lande die Schäden des im Bergbau herrschenden Systems aufgedeckt worden sind. Sieter Tropfen höhlt den Stein! Auf die Dauer wird man sich schließlich doch nicht gegen die Forderungen eines Reichsberggesetzes und die Einführung von Arbeitergrubentrollen verschließen können.

Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung in Preußen.

In der amtlichen „Statist. Korresp.“ werden jetzt die Hauptergebnisse der am 12. Juni vorigen Jahres veranstalteten Betriebszählung in Preußen veröffentlicht. Danach gab es an dem genannten Tage im ganzen 2201366 Betriebe mit 8382912 gewerblich tätigen Personen. Die Höchstzahl der im Jahre 1907 beschäftigten Personen war aber größer und betrug 8784825. Gegen die letzte Zählung im Jahre 1895 haben sich die Betriebe um 10,6 Prozent, die gewerblich tätigen

Personen um 43,29 Prozent vermehrt. Denn damals zählte man 1900 250 Gewerbetriebe, d. h. 211116 weniger, und 5815543 Beschäftigte, also 2517369 weniger. Außerdem ist 1907 eine neue Gruppe „Musik-, Theater- und Schaustellungs-gewerbe“ gebildet mit 16992 Betrieben und 53909 beschäftigten Personen.

Diese Ziffern weisen auf eine sehr erhebliche Zunahme sowohl der Betriebe, als auch der in ihnen beschäftigten Personen hin, eine Zunahme, die allerdings zum Teil auf eine genauere Erfassung der öffentlichen Betriebe zurückzuführen, im wesentlichen aber ein Beweis ist für das erfreuliche Aufsteigen des gewerblichen Lebens in Preußen. Das kann man auch daran erkennen, daß seit der Gewerbeabzählung im Jahre 1882 bis zu derjenigen im Jahre 1895 die Betriebe nur um 1,79 Prozent, die Personen um 37,67 Prozent zugenommen hatten. Daß ferner der Prozentsatz der Zunahme der Personen den der Betriebe so wesentlich übersteigt, ist ein Zeichen dafür, daß eine starke Tendenz der Entwicklung zum Großbetriebe vorhanden ist.

Eingeteilt werden die Betriebe in der Statistik in Hauptbetriebe und Nebenbetriebe. Hauptbetriebe wurden gezählt 1895 497, Nebenbetriebe 305869. Erstere haben seit der letzten Betriebszählung eine Zunahme von 8,73, letztere von 23,88 erfahren. Diese auffallende Zunahme der Nebenbetriebe ist wohl zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Kleingewerbetreibende zu ihrem wirtschaftlichen Bestehen sich ein Nebengewerbe zulegen und daß früher im Hauptberuf betriebene Kleingewerbe von den hauptberuflich jetzt anderweitig tätigen Inhabern noch nebenbei betrieben werden.

Unter den Hauptbetrieben unterscheidet man wiederum Kleinbetriebe, d. h. solche, die ohne Hilfsperionen oder Motoren geführt werden, und Mitinhaber-, Gehilfen- und Motorenbetriebe. Erstere sind seit 1895 von 951642 auf 784197, d. h. um 17,6 Prozent zurückgegangen, letztere von 791694 auf 1111300, d. h. um 40,37 Prozent, gestiegen. Dieser Rückgang der Zahl der Kleinbetriebe ist zu einem großen Teile dadurch zu erklären, daß in neuerer Zeit viele Kleingewerbetreibende ihren Betrieb durch Einführung motorischer Kraft ertragreicher zu gestalten suchen, wodurch statistisch ihre Betriebe in „andere Betriebe“ — „Betriebe mit einer Person“ — umgewandelt werden; diese haben von 1895 bis 1907 um 93198 zugenommen; auch die Einstellung nur eines Gehilfen oder Lehrlings verleiht den Kleinbetrieben in eine höhere Größenklasse. Ein anderer Teil der Kleinbetriebe ist aber offenbar eingegangen, was einen Rückgang des Kleingewerbes im allgemeinen und, soweit das eigentliche Gewerbe in Frage kommt, des Handwerks im besonderen bedeutet.

Interessant ist auch eine Sichtung der Betriebe nach ihrer Größe. Teilt man sie in solche, die bis 5 Personen, und solche, die mehr als 5 Personen beschäftigen, so ergibt sich für die Hauptbetriebe und die darin tätigen Personen eine Zunahme bei den Betrieben:

Betriebe u. Personen
bis 5 Personen 6,1 Proz. 12,21 Proz.
über 5 Personen 44,43 Proz. 66,43 Proz.

Unter den Größenklassen mit mehr als fünf Personen ragen besonders die sehr großen bzw. Riesebetriebe (über 500 Personen) mit einem Zuwachse der Betriebe um 70,40 und der darin tätigen Personen um 89,11 v. H. hervor. Die Zunahme der Kleinbetriebe (bis fünf Personen) ist weit hinter dem Bevölkerungswachstume zurückgeblieben; der Zuwachs der übrigen Betriebe ist dagegen der Bevölkerungszunahme weit vorausgeeilt. Dieser Entwicklungsgang, der um so deutlicher hervortritt, je mehr man die höheren Größenklassen ins Auge faßt, bedeutet eine rasch zunehmende Erstarkung der Großindustrie und der Handels-Großbetriebe, die nachweisbar zu einer Verminderung der kleinsten Betriebe (Kleinbetriebe) geführt hat.

Überblickt man die Gewerbegruppen im einzelnen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß in allen die Betriebe mit mehr als 5 Personen stärker gewachsen sind, als die Kleinbetriebe. In den Gruppen: Industrie der Steine und Erden, Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, chemische Industrie, Industrie der Leuchtstoffe, Felle, Oele, Firnisse, Textilindustrie, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, Baugewerbe hat sogar bei einer Vermehrung der Großbetriebe eine Verminderung der Kleinbetriebe stattgefunden. In der Textilindustrie steht die geringe Vermehrung der Großbetriebe jedoch in gar keinem Verhältnis zu dem ganz erheblichen Rückgange der Kleinbetriebe, die sich um 52,14 Pro-

zent vermindert haben. Man darf daher behaupten, daß die Textilindustrie überhaupt sich im Rückgange befindet.

Auch in anderer Beziehung bietet diese Statistik noch viel interessantes Material. Wir werden daher noch öfter Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 27. November 1908.

Eine große Gewerkevereinsversammlung findet am Montag, den 30. November, abends 8½ Uhr, im Berliner Verbandshause, Greifswalderstraße Nr. 221/23 statt, in der das Resultat der Gewerkevereinswahl bekanntgegeben und besprochen werden wird. Referent ist der Kollege Erkelenz. Da es in dieser Versammlung darauf ankommt, die notwendigen Lehren aus dem Wahlskampfe zu ziehen, muß erwartet werden, daß die Kollegen recht zahlreich zu dieser Versammlung erscheinen.

Ein ausgezeichnetes Agitationsmaterial für den Gewerkeverein der Deutschen Textilarbeiter (H.D.) bildet die Beilage zu Nr. 32 der „Deutschen Textilarbeiter-Zeitung“. In dieser Beilage werden die Beiträge und Leistungen der verschiedenen Textilarbeiterorganisationen Deutschlands nebeneinander gestellt und damit der schlagende Beweis dafür geliefert, daß der Gewerkeverein der Textilarbeiter sowohl der sozialdemokratischen, als auch der christlichen Organisation in bezug auf die Leistungen weit überlegen ist. Es kann hier nicht auf die einzelnen Zahlen eingegangen werden. Aber schon ein flüchtiger Ueberblick über die Tabelle zeigt, daß nicht allein die Unterstellungen höher und umfassender sind, sondern daß auch die Karezzeit wesentlich kürzer ist. Trotz alledem gehen die gewerkschaftlichen Organisationen mit ihren Leistungen haustieren und suchen die Textilarbeiter, die keinen richtigen Einblick in die wirklichen Verhältnisse besitzen, für ihre Bestrebungen zu fesseln. Wer das erwähnte Zahlenmaterial unseres Gewerkevereins der Deutschen Textilarbeiter in der Hand hat, dem muß es eine Kleinigkeit sein, für unsere Sache Anhänger zu gewinnen. Deshalb kann allen denjenigen, die für die Ausbreitung unserer Ideen auch unter den Textilarbeitern eingetreten gewillt sind, nur dringend geraten werden, sich in den Besitz dieser Tabelle zu legen und davon ausgiebigen Gebrauch zu machen. Die Vorstandsmittelglieder der einzelnen Ortsvereine, sowie auch der Hauptvorstand des Gewerkevereins der Deutschen Textilarbeiter (H.D.) in Spremberg i. L. stellen gern jedem Interessenten solche Tabellen zur Verfügung.

Der Gesekentwurf betr. die Arbeitskammern ist, wie Herr v. Bethmann-Hollweg am Mittwoch erklärte, dem Reichstage zugegangen. Ueber seinen Inhalt ist bis zur Stunde noch nichts in die Öffentlichkeit gelangt. Deshalb läßt sich auch noch nicht sagen, ob die Wünsche der Arbeiter nachträglich noch Berücksichtigung gefunden haben.

Von der Einführung von Grubenkontrollen aus Arbeiterkreisen will bekanntlich der jetzige preussische Handelsminister Dr. Delbrück nichts wissen. Da dürfte es interessant sein zu erfahren, daß auch in Preußen schon einmal der Vorteil solcher Arbeiterkontrollen durch einen Handelsminister anerkannt worden ist. Als am 24. Februar 1898 die Bergwerkskatastrophe auf der Grube „Bereinigte Karolinenstille“ bei Bochum, der über 100 Bergleute zum Opfer fielen, im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache kam, führte der damalige Handelsminister Bresfeld, von dem gewiß niemand sagen kann, daß er ein sozialpolitischer Stürmer gewesen sei, bezüglich der Kleinkontrolle in den Bergwerken aus:

„Das kann der praktische Bergarbeiter, der Erfahrungen durch einen langjährigen Dienst als Arbeiter gesammelt hat und ein gewisses Maß sachmännischer Kenntnisse besitzt, auch beurteilen.“

Und weiter sagte Herr Bresfeld damals:

„Geben wir ein solches praktisches, aber nicht mit höheren bergtechnischen Kenntnissen ausgerüstetes Interpersonal, so können wir diesen Teil der Revisionaufgaben der Berginspektion in vollkommener Weise erfüllen, als es bisher der Fall ist.“

Herr Bresfeld vertritt damit ein höchstes Verständnis für diese Frage als Herr Dr. Delbrück. Leider aber ist es bei dieser Anerkennung geblieben. Die Grubenherrn aus dem Ruhrrevier und aus Schlefien haben es verstanden, die gute Absicht des Herrn Bresfeld zu vereiteln. Jedenfalls zeigen aber die Anschauungen jenes preussischen Handelsministers denjenigen, die sich heute so energisch gegen die Einführung von Arbeiterkontrollen sträuben, daß diese Forderung keines-

Gewerksvereiner in Berlin, werbt Stimmen für Riste III!

wegs unüberführbar ist. Sonst würde sich ein preußischer Minister kaum so geäußert haben, wie es Herr Preßfeld getan hat.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Bergarbeiter auf der Grube Merlenbach bei Karlingen i. Lothr. dauert fort und hat noch an Ausdehnung zugenommen. Nur etwa der sechste Teil der Arbeiter fährt noch ein. Die Arbeit soll nicht eher aufgenommen werden, bis die Grubenverwaltung für die nötigen Sicherheitsvorkehrungen gesorgt hat. — Auf den Fahrrad-Warsswerken in Nürnberg befinden sich die Arbeiter im Ausstände. Jetzt drohen sämtliche Fahrradfabriken Nürnbergs für Ende dieser Woche die Schließung ihrer Betriebe an, wenn bis dahin nicht die Mehrzahl der Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen hat. Von der Aussperrung würden etwa 1000 Arbeiter betroffen werden.

Die Lage des Arbeitsmarkts im Monat Oktober wies nach dem „Reichsarbeitsblatt“ keine wesentliche Veränderung im Vergleiche zum Vormonat auf. Die Saison machte sich vor allem in einigen Zweigen der Bekleidungsindustrie in verstäktem Umfange geltend, andererseits dauerte aber die rückläufige Bewegung in verschiedenen Zweigen der Großindustrie an. Auf dem Kohlenmarkt war die bereits für den Monat September gemeldete Abwärtsbewegung weitere Fortschritte, die anderen Steinkohlenbezirke waren jedoch im wesentlichen zufriedenstellend mit Arbeit versehen. Im Braunkohlenbergbau war der Geschäftszug im Durchschnitt wenig befriedigend, insbesondere beeinträchtigte das lang anhaltende warme Wetter den Absatz von Bräunkohle. In der Holzindustrie zeigte sich die Verhältnisse unbefriedigend. Dasselbe gilt für die Mehrzahl der Eisengießereien. Die Stahl- und Walzwerke waren ungefähr im gleichen Umfange wie im Vormonate beschäftigt. Die Mehrzahl der Betriebe, die der elektrischen Industrie angehören, waren noch befriedigend mit Arbeit versehen. Der Beschäftigungsgrad in den Baumwollspinnereien hat sich im Monat Oktober nicht gebessert, Garnabschlüsse kamen nur bei sehr billigen Preisen zustande. Auch in den Baumwollwebereien war die Lage nach wie vor ruhig. Die an sich schon unbefriedigende Bauwirtschaft ging infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit noch weiter zurück. Abgesehen von der Verbesserung des Beschäftigungsgrades in den Bekleidungsindustrien, zeigte sich vor allem im Handelsgewerbe im Zusammenhange mit dem heranrühenden Weihnachtsgeschäft eine Vermehrung der Tätigkeit.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen zeigte sich am 1. November 1908 im Vergleiche zum 1. Oktober insgesamt eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um 9988 Personen, wobei zu bemerken ist, daß diese Zunahme lediglich den weiblichen Mitgliedern zuzuschreiben ist. Im Vorjahre war die Zunahme bei den gleichen Kassen erheblich größer, sie belief sich auf 25 890 Personen.

Den Berichten der Arbeitsnachweise zufolge hat die im Vormonate vielfach beobachtete Aufwärtsbewegung nicht angehalten, es trat vielmehr ein Rückgang in die Erscheinung.

Die Verkehrsverhältnisse aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im Oktober 1908 um 5 529 971 Mark niedriger als im Vorjahre. Es bedeutet dies gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme von 123 Mark oder 3,99 Prozent auf den Kilometer.

Gegen die geplante Biersteuer hat der Bund Deutscher Brauergesellen, dem auch die unfernen Gesamtverbände angeschlossenen Brauergesellenvereine angehören, sich mit folgender Erklärung an den Reichstag gewandt:

„Der Bund deutscher Brauergesellen nimmt mit Bedauern Kenntnis von der abermaligen in Aussicht genommenen enormen Belastung der Brauindustrie. Nach feststehenden Tatsachen ist bereits bewiesen, welche verheerenden Wirkungen die erst im Jahre 1906 in Kraft getretene Belastung, in Gemeinschaft mit der Einführung des Zolltariffs, dem Braugewerbe und den darin beschäftigten Arbeitnehmern gebracht hat. Es ist weder eine weitere Entwicklung noch Befreiung desselben bei derartigen Maßnahmen möglich. Natügemäß ist damit eine weitere Verschärfung der Einkünfte der darin beschäftigten Arbeitnehmer unausbleiblich; besonders erschwerend fällt dabei ins Gewicht, daß es unter diesen Erscheinungen in Zukunft unmöglich ist, für die Beteiligten eine nennenswerte Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Hinzuweisen ist dabei, daß das Bier schon längst nicht mehr als Genuss, sondern als Volksnahrungsmittel zu betrachten ist, demzufolge auch

die Abwälzung der Steuer die minderbemittelten Klassen treffen würde und geeignet ist, den Volkstum bedeutend einzuschränken. Wir richten daher an den hohen Reichstag die Bitte, diesen Steuerplänen seine Zustimmung zu verweigern, im Gegenteil, endlich den Weg zu beschreiten, die notwendigen Mittel, auf dem der direkten Steuererhebung herbeizuführen, damit die vielen Beunruhigungen und Belastungen der beteiligten Industriezweige und der darin ihr Brot Suchenden aufhören“.

Diese Erklärung deckt sich vollständig mit den von uns vertretenen Anschauungen, weshalb wir unsere Verbandskollegen auffordern, die Brauer in diesen ihren Bestrebungen energisch zu unterstützen.

Wie im „Vorwärts“ Versammlungsberichte gemacht werden, das mögen diejenigen unserer Berliner Kollegen beurteilen, die der Gewerksvereinerversammlung am Mittwoch abend in den Brachtflächen des Ostens beiwohnten. Diese Versammlung wurde vom Kollegen Strubelt geleitet. Als Referenten waren öffentlich durch die Presse und Säulenanschlag bekanntgegeben die Kollegen Gleichauf und Schumacher vom Gewerksverein der Holzarbeiter. Nach den Referaten sollte freie Aussprache stattfinden. Kaum war die Versammlung eröffnet, da zeigte es sich, daß eine starke Sprengkolonne von „Genossen“ angedrückt war, die unter der Führung der drei Beamten vom Metallarbeiterverbande Sandtke, Maus und Wuschitz stand. Ohne eine Ahnung davon zu haben, daß dies nach dem neuen Vereinsgesetz durchaus überflüssig ist, weil der Einberufer selbst die Versammlung zu leiten berechtigt ist, beantragte Herr Sandtke Bureauwahl und schlug eine fertige Riste für das Bureau vor. Als dieser Bericht kläglich mißlungen war, wurde die Parole ausgegeben, das Lokal zu verlassen. Untenwegs aber hatten sich die „Genossen“ eines anderen bemonnen. Sie blieben in Saale und bewieten ihren Anstand dadurch, daß sie den Vortrag des Kollegen Gleichauf fortwährend durch grobe Schimpereien unterbrachen. Es ist tatsächlich ein Wunder, daß bei dem fürchtbaren Rärm Gleichauf sein Referat zu Ende bringen konnte.

Als nun aber der zweite Referent, Kollege Schumacher, das Wort ergreifen wollte, wurde von den „Genossen“ schwereres Geschick aufgeföhren. Die genannten drei Führer sprangen auf die Rednertribüne und verlangten, daß erst ein Verbändler das Wort erhalten sollte. Als das nicht zugelassen wurde, entstand ein wüster Tumult, in Verlauf dessen die in der Uebermacht befindlichen Verbändler unsere Kollegen vom Nodium herunterdrängten. Unten im Saale kam es natürlich auch zu stürmischen Szenen, wobei einer unserer Kollegen nicht unerheblich verletzt wurde. Um größeres Unheil zu verhüten, schloß Kollege Strubelt die Versammlung und forderte die Gewerksvereiner zum Verlassen des Saales auf. Die Verbändler aber leisteten sich nach dieser Seldentat noch einen glänzenden Witz, indem sie eine Resolution annahmen, wonach die Gewerksvereinerversammlung den Gewerksgerichtsanhälern die Riste der „freien“ Gewerkschaften empfehle!

So der wahre Sachverhalt. Was aber macht der „Vorwärts“ daraus? Dieses Blatt bringt es fertig, mitzuteilen, daß die Ruhe, „die von den Versammlungsbesuchern während der Rede des Herrn Gleichauf trotz seiner Provokationen bewahrt wurde, geradezu bewundernswürdig“ war. „Nachdem Gleichauf durch sein Verhalten die Versammlung auf das äußerste gereizt hatte, wurde aber auch noch die in den Einladungen versprochene freie Aussprache nicht gewährt. Nach Herrn Gleichauf sollte noch ein Herr Schumacher — schimpfen und dann die Versammlung nach Hause gehen.“ Das ist natürlich gelogen. Die Versammlung sollte nicht nach Hause gehen, sondern nach dem Referat des Kollegen Schumacher, der, wie bereits bemerkt, öffentlich als zweiter Referent mitangegeben war, sollte Diskussion stattfinden. Wenn das nicht möglich war, so tragen die Schuld die Verbändler, die die Versammlung sprengten, vielleicht in der Absicht, die Diskussion zu vereiteln, in der sie keine Vorbeeren geerntet hätten. Freilich, im „Vorwärts“, da wird behauptet, daß die Gewerksvereiner den Tumult verursacht hätten, um über den Terrorismus der freien Gewerkschaften jammern zu können. Nun, unsere Kollegen, die die Versammlung mitgemacht haben, werden wissen, wer die Wahrheit sagt. Schluß aber muß es aussehen um eine Bewegung, die mit derartig niedrigen Mitteln kämpft, wie die Verbändler und

die hinter ihnen stehende Presse. Jene wenden die roheste Gewalt an, diese nimmt zu plumpem Schwindel ihre Zuflucht. Das sind die geistigen Waffen, mit denen auf jener Seite gefämpft wird. Und mit solchem Bad muß man sich herumschlagen! Unsere Berliner Kollegen aber können darauf nur eine Antwort geben, daß sie nämlich Mann für Mann am Sonntag zur Wahl gehen und alles aufbieten, daß möglichst viele Stimmentzettel auf die

Riste III, Deutsche Gewerksvereine, abgegeben werden.

Eine Abordnung englischer Industriearbeiter befindet sich zurzeit in Deutschland, um nicht allein die deutschen Arbeiterversicherungsrichtungen kennen zu lernen, sondern um vor allem einen Einblick zu gewinnen in die Verhältnisse der deutschen Vollindustrie. Die Deputation ist bereits vom Staatssekretär des Innern empfangen worden und wird an diesem Sonnabend sich auch in unserem Verbandshause in Berlin einstellen, um sich über die deutsche Textilindustrie zu informieren. Nach einem einwöchigen Aufenthalt in Berlin gedenkt die Kommission noch herborragende Industrieorte, wie Cottbus und Forst, zu besuchen, ferner in Chemnitz, Grimnitzschau und Leipzig Besichtigungen vorzunehmen und schließlich auch noch die Rheinprovinz zu bereisen. An der Spitze der Kommission steht Herr Boyd-Carpenter, ein Sozialpolitiker, der die in Deutschland empfangenen Eindrücke in einem eingehenden Berichte zu veröffentlichen gedenkt. Wenn wir uns nicht irren, befinden sich in der Kommission auch mehrere Arbeiterführer, die uns von der Friedensfundgebung im September noch in gutem Andenken sind.

Ein Arbeiterministerium besitz zurzeit der australische Staatenbund. Ministerpräsident ist ein früherer Bergmann namens Fisher. Außerdem gehören dem Ministerium an ein Tischler Trace, ein Maschinenbauer Bachelor, ein Guttmacher Tudor und ein Bergmann Thomas. Auch ein Schullehrer Hughes und zwei Redakteure Rabon und Hutchinson bekleiden Ministerposten. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Arbeiterminister dem gemäßigten Flügel der Arbeiterbewegung angehören. Nicht ein einziger Sozialist ist darunter. Erwähnt sei dabei aber auch noch, daß schon vor einigen Jahren in Australien ein Arbeiter, der Schriftsteller Watson, an der Spitze des Bundesministeriums gestanden hat.

Unsere Scharfmacher muß doch bei derartigen Mitteilungen gleich eine Gänsehaut überlaufen.

Die 2. Volksvorstellung der Generalkonferenz der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 30. November, abends 8 Uhr im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Die Jäger“, Schauspiel von A. W. Jffland. Der Billetterkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volkshunterhaltungen.

Gewerksvereins-Teil

§ **Gleiwitz.** Die Konferenz der oberirdischen Ortsverbände fand hierseits am 15. November statt. Vertreten waren die Ortsverbände Neße, Jabrze, Rattowitz, Beuthen, Reobschütz, Königshütte, Katibor und Gleiwitz. Vom geschäftsführenden Ausschuss war der Verbandssekretär Kollege Neustedt erschienen, der auch die Referate übernommen hatte. In 14stündigen Ausführungen erörterte er zunächst das Programm der Deutschen Gewerksvereine. Die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Umwandlung des Handwerks zum Großbetriebe, so etwa führte Redner aus, hat es mit sich gebracht, daß die stark wachsende Masse der Bevölkerung und besonders die Arbeiterklasse mehr und mehr in wirtschaftliche Abhängigkeit geriet und sich zur Verbesserung ihrer sozialen Verhältnisse zu Organisationen zusammenzuschloß. Die einzige Organisationsrichtung in der Arbeiterklasse, welche auf nationalem Boden steht, dabei religiös neutral, sowie parteipolitisch unabhängig sich zu halten verstanden hat, sind die Deutschen Gewerksvereine, die für die wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung beider Geschlechter mit Entschiedenheit eintreten. Redner erörterte sodann eingehend die Differenzpunkte mit den übrigen Arbeiterorganisationen und gab einen gedrängten Ueberblick über die wirtschaftlichen Forderungen der Deutschen Gewerksvereine, die an dem Prinzip der genossenschaftlichen Selbsthilfe festhalten, den Standpunkt vertreten, daß da, wo die Selbsthilfe nicht ausreicht, eine energische Staatshilfe eingreifen müsse. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall und in

